Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den drei Spalten) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenbureau, AG. Dresden, Stiftstr. 7, Hs., Tel. 27 803, Postscheck Dresden 205 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 200. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,30 Mk (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klestich, Dresden-A., Rammstraße 40.

Tel. 20 521. Postscheckkonto Dresden 29 494. Verantwortlich für Politik: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl Preidner, Berlin; für den übrigen Teil: Oswald Hanisch, Dresden; Inserate: Fritz Fischer, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 200. Postscheckkonto Dresden Nr. 15 600.

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 16. März 1932 | Nummer 64

Neue Notverordnungen der Brüning-Regierung mit Hilfe der SPD

Allgemeine Lohnkürzung, Milliardenabbau der Erwerbslosenunterstützung

Der Krisenkongreß des ADGB als Ablenkungs- und Betrugsmanöver . Verbreitert die rote Einheitsfront . Organisiert den Kampf gegen Hunger, Not und Elend in allen Betrieben und Stempelstellen . Entsendet sozialdemokratische und parteilose Delegierte zum sächsischen Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition am 25. März in Chemnitz

Nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl tritt die Bourgeoisie wieder in vollem Umfange und in aller Oeffentlichkeit mit ihren neuen Notverordnungsplänen auf, die schon in den nächsten Wochen verwirklicht werden sollen. Unter Berufung auf das Wahlresultat wird ein neuer allgemeiner Lohnabbau ab 1. Mai und die völlige Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die einen Unterstützungsabbau von 1 Milliarde erbringen soll, angekündigt. Die Stimmen die bei der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg und Hitler abgegeben wurden, bedeutet dabei die kapitalistische Presse als Stimmen für die faschistische Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung die Stimmen für einen neuen Lohnabzug und den Milliardenabbau der Arbeitslosenversicherung.

Im „Berliner Tageblatt", das sich als Organ der „Eisernen Front" Hindenburgs betätigt, schreibt am 15. März der N. Bergmann einen Artikel zum Krisenkongreß des ADGB. Bergmann stellt darin fest, daß am 30. April für Schätzungsweise 6 bis 7 Millionen Arbeiter und Angestellte die Lohn- und Manteltarife erneuert werden sollen und erklärt, daß

„eine neue, dem Dezembereingriff der Reichsregierung ähnliche Regelung der Tarifverträge zu erwarten sei."

Gleichzeitig gehen eine Reihe anderer bürgerlicher Zeitungen auf den Inhalt der Notverordnung über den Abbau der Arbeitslosenversicherung ein, die folgende Hauptpunkte enthalten soll: 1. Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Wohlfahrtsfürsorge; 2. Auszahlung der Unterstützungssätze nur an „arbeitsfähige und arbeitswillige" Personen; 3. individuelle Bedürftigkeitsprüfung und 4. Verpflichtung der Erwerbslosen zur Zwangsarbeit und zur Annahme von Arbeit in Betrieben, wo Arbeiter in Streik treten.

Diese neuen Anschläge auf die Lebenshaltung und Existenz der Betriebsarbeiter und die Abbaupläne und Zwangsmaßnahmen gegen die Erwerbslosen werden von der Bourgeoisie und der Brüningregierung im **vollen Einverständnis mit der SPD und der ADGB-Bürokratie getroffen.** Gerade der vom ADGB einberufene Krisenkongreß soll als **neues Betrugsmanöver** dazu dienen, die Arbeiter in den Betrieben und die Erwerbslosen erneut der Notverordnungspolitik der Bourgeoisie zu unterwerfen.

So wie die Arbeiter durch die Bildung der „Eisernen Front" vom wirklichen Kampf gegen den Faschismus und durch den Schwindel vom „Kampf" um den Preisabbau von Kampfmaßnahmen gegen den letzten, durch Notverordnung diktierten Lohnabbau abgehalten werden sollten, so soll auch der Krisenkongreß des ADGB dazu dienen, erneut die Arbeiter an der Aufnahme des Kampfes gegen die gewaltige Steigerung von Hunger, Not und Elend, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen abzulenken und abzuhalten.

Die fünf Millionen Arbeiter und Werktätige, die sich durch die Stimmabgabe für Ernst Thälmann zur roten Einheitsfront und für den proletarischen Klassenkampf ausgesprochen haben, dürfen jetzt **keine Stunde ruhen.** Sie müssen die Massen aufklären und sie **zum Kampf gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau führen.**

Wir sind davon überzeugt, daß zahllose Arbeiter, die sich bei der Reichspräsidentenwahl durch die Lügen und durch den Betrug der SPD- und Naziführer irreführen ließen, nicht für einen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau stimmen wollten, daß sie **bereit sind, den Kampf gegen die ununterbrochene Unterdrückung ihrer Lebenshaltung aufzunehmen, wenn wir ihnen führend vorangehen.** Deswegen darf keine Stunde gezögert werden. So wie in Oderlungwitz und in Brockwitz die Arbeiter den Kampf gegen ihre Ausbeuter aufgenommen haben, **so muß in jedem Betrieb heute noch die Mobilisierung der Arbeiter und die Vorbereitung der Kampfmaßnahmen erfolgen.** Die Belegschaften dürfen und können nicht warten, bis der neue Lohnabbau durchgeführt ist, sondern jetzt gilt es die **rote Einheitsfront zu erweitern** und den Kampf gegen die bereits vorhandene Grundlage gegen jeden betrieblichen Vorstoß der Unternehmer zu weiterem Lohnabbau und zur Verschärfung der Ausbeutung, sowie gegen den neuen Plan des allgemeinen Lohnabbaues aufzunehmen.

Gemeinsam mit den Betriebsarbeitern müssen die Erwerbslosen ihre Kampffront gegen den geplanten Unterstützungsabbau und **für Arbeit und Brot** aufzunehmen. Die Herstellung der roten Einheitsfront in den Betrieben und an den Stempelstellen, die gemeinsame Kampffront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen ist einzig und allein imstande, die neuen Betrugsmanöver des ADGB zu zerstören den Vorstoß der Kapitalisten für einen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau zurückzuschlagen.

Die KPD und die RGO hat der Arbeiterschaft in ihren **Arbeitsbeschaffungsforderungen** erneut den Weg für ihren Tageskampf gegen Hunger, Not und Elend aufgezeigt. **Nur im Kampf um diese Forderungen unter Führung der KPD und RGO ist es möglich, eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen.**

Betriebsarbeiter und Erwerbslose! Nehmt in den Betrieben und den Stempelstellen und in den Gewerkschaften zu den neuen allgemeinen Lohn- und Unterstützungsabbauplänen, zu dem neuen Betrugsmanöver des ADGB, dem Krisenkongreß, zu den Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD und RGO, sowie zu dem sächsischen Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition am 25. März in Chemnitz Stellung. Legt in den Betrieben und an den Stempelstellen Kampfmaßnahmen fest. Verbindet eure betrieblichen und örtlichen Forderungen mit den Arbeitsbeschaffungsforderungen zu einem **einheitlichen Kampfprogramm.** Trefft alle Kampfvorbereitungen, schafft in jedem Betrieb und an jeder Stempelstelle eine feste Kampffront die alle Arbeiter umfaßt und **bildet vorbereitende Kampfausschüsse.**

Fordert den sofortigen Zusammentritt der Mitgliederversammlung in jedem Verband! Lehnen die Sekretäre das ab, dann beruft die Versammlungen selber ein! Nehmt Stellung zum Krisenkongreß, **wählt Delegierte,** die hingehen und in eurem Namen sagen, was jetzt zu tun ist.

Entsendet aus allen Zahlstellen und aus allen Betrieben sozialdemokratisch organisierte und parteilose Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften zum Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition. Setzt in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in den reformistischen Gewerkschaften alle Kräfte ein für den Kampf der Arbeiterklasse gegen Hunger, Not und Elend, für Arbeit, Brot und Freiheit.

Zu den Präsidentschaftswahlen

Nachstehend veröffentlichen wir den vollständigen Wortlaut des Artikels des Zentralkomitees zu der Präsidentenwahl, von dem wir gestern bereits einen Auszug abdruckten, die Kenntnis des gesamten Artikels ist unerläßlich für jeden Leser, zum Verständnis des Wahlergebnisses und seiner Lehren.

Fünf Millionen Arbeiter und Werktätige haben am 13. März bei der Präsidentschaftswahl ein kühnes Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf unter der Führung der Kommunistischen Partei abgelegt. Unter der Losung „Klasse gegen Klasse" hat die Kommunistische Partei Millionen Arbeiter zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive, zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, zum Kampf gegen den neuen imperialistischen Krieg aufgerüttelt. Das Wahlergebnis, die für den Kandidaten der Kommunistischen Partei abgegebenen 5 Millionen Stimmen, sind eine große Heerschau breiter Arbeiterschichten, die gewillt sind, unter der Führung der Kommunistischen Partei um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu kämpfen. **Die KPD. hat fast eine halbe Million neuer Arbeiterstimmen gewonnen.**

Der Wahlkampf zeigte eine außerordentliche Aktivität aller Klassen und Schichten. Das drückt sich u. a. in der großen Wahlbeteiligung aus. Diese erhöhte Wahlbeteiligung wiederum ist ein Anzeichen für die sich immer schwieriger und unsicherer gestaltende Lage der Bourgeoisie in Deutschland. Die Verschärfung der kapitalistischen Krise hat solche Verhältnisse geschaffen, daß in den Millionenmassen des arbeitenden Volkes der Wille zur Aenderung, zur Beseitigung der bestehenden Zustände wächst. Den politischen Hintergrund der Präsidentenwahl bilden die Steigerung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems und das Heranwachsen der Voraussetzungen einer revolutionären Krise.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird durch die unerträglichen Lasten der Versailler Knechtschaft verstärkt. Ein Heer von 6 Millionen Erwerbslosen steht auf den Straßen der deutschen Städte. Nach dem Lohnabbau und den anderen Hungermaßnahmen der vierten Notverordnung bereitet das Finanzkapital mit aktivster

Belagerungszustand im Reich geplant!

Schleichregierung als Einpeitscher eines Reichs-„Burgfriedens". Ein Anschlag gegen Reichsjugendtag und proletarische Freidenkerbewegung . Protestiert gegen Versammlungs- und Demonstrationsverbote

Wenige Tage, nachdem die Schleichregierung den kleinen Belagerungszustand für die Osterwoche verhängt hat, erfährt man, von einem Plan der Hindenburg-Brüning-Groener-Regierung, dieses sächsische Beispiel auf das ganze Reich auszudehnen. Mit Hilfe einer neuen Notverordnung soll für die Woche vor Ostern bis einige Tage nach Ostern, vom 20. bis 30. März ein politischer „Burgfrieden" verhängt werden. Dieser „Burgfrieden" soll — wie zur Weihnachtszeit, als die ungeheuerliche massenbelastende vierte Notverordnung erlassen wurde — ein generelles Verbot aller politischen Versammlungen und der Flugblattverbreitung vorsehen. Das bedeutet also die Verhängung des „kleinen" Belagerungszustandes.

Dieser „Burgfrieden" richtet sich vor allem gegen unsere neue rote Offensive für den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen, die Preußenwahlen und den roten Volksentscheid in Sachsen. Er ist ein Anschlag gegen den Reichsjugendtag der arbeitenden Jugend, der vom Kommunistischen Jugendverband zu Ostern vorbereitet wird. Er ist ein neuer Versuch der schwarzen Reaktion, mit Hilfe der SPD die Osterveranstaltungen der proletarischen Freidenkerbewegung zu unterdrücken!

Am Sonntag wurden viele sozialdemokratische Arbeiter an die Wahlurne für den Feldmarschall der Notverordnungspolitik geführt. Die Regierung Brüning gibt dafür eine Quittung: Eine neue Notverordnung, die die proletarische Versammlungsfreiheit völlig ausschaltet wird.

Jetzt soll der „kleine" Belagerungszustand die Entfaltung unserer neuen und noch kühneren Offensive für die Freiheitsziele des Kommunismus, **die Verstärkung unseres Vorstoßes in die Betriebe und an den Stempelstellen im zweiten Wahlgang und in der Preußenwahlkampagne hemmen und die neue Notverordnung zur Lohnsenkung einleiten!** Gleichzeitig ist das Burgfriedensdiktat ein Schlag gegen die proletarische Jugend, **die zum Reichsjugendtag des KJVD aufmarschieren will für ihre Forderungen.** Auch die Freidenker werden von diesem Diktat unmittelbar betroffen, steigern sie doch stets im Zeichen des religiösen Osterrummels ihre revolutionäre Propaganda und Agitation. Auch die sozialdemokratischen Freidenker erhalten eine neue Belehrung, was die Hindenburg-Brüning und ihre sozialdemokratische Preußenregierung den Freidenkern beschaffen. Die Verhängung des „Burgfriedens" würde außerdem **das Verbot der RGO-Kundgebung gegen den ADGB.-„Krisenkongreß" bedeuten.**

Und diese neue Offensive gegen die Arbeiterklasse wurde von der sächsischen Schleichregierung eingeleitet, deren Verteidigung gegen den roten Volksentscheid von der SPD geführt wird. In den Betrieben, auf den Stempelstellen muß zu dem neuen Angriff der herrschenden Klasse Stellung genommen werden. Faßt Protestentschließungen gegen den neuen „Burgfrieden" der kapitalistischen Diktatur! Fordert die Freigabe der Veranstaltungen des Reichsjugendtages!

Revolutionäre Arbeiter! Organisiert die rote Massenoffensive für die Kommunistische Partei und ihre Presse, schafft die Grundlage für den neuen roten Vormarsch bei den Wahlen und beim roten Volksentscheid in Sachsen gegen die Schleichdiktatur die Schrittmacherin des neuen Schlages gegen die politische Rechte. Die rote Einheitsfront muß und wird triumphieren über alle Anschläge des Klassenfeindes!

SLUB
Wir führen Wissen.